Der Kreistag
des Landkreises Teltow-Fläming

Jugendhilfeausschuss

Niederschrift

über die 24. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2018 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Carola Hartfelder

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katja Grassmann
Herr Thomas Czesky
Frau Gertrud Klatt
Herr Detlef Klucke
Herr Hartmut Rex
Frau Ria von Schrötter
Frau Mandy Werner
Herr Peter Borowiak
Frau Gritt Hammer

Beratende Mitglieder

Frau Julia Andreß
Frau Bianca Naue
Frau Claudia Sponholz

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Noack
Frau Iris Wassermann
Frau Dagmar Wildgrube
Frau Caterina Grüning

Beratende Mitglieder

Frau Kirsten Gurske

Frau Christiane Witt
Frau Ireen Beyer
Herr Konrad Ertl
Herr Timo Klischan
Herr Peter Limpächer
Frau Silke Mahr
Frau Roswitha Neumaier
Frau Karin Wegel

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1	Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung	
2	Mitteilungen der Vorsitzenden	
3	Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 31.01.2018	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Anfragen der Ausschussmitglieder	
6	Mitteilungen der Verwaltung	
7	Beschlussvorlagen	
7.1	1. Nachtragssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2018	5-3511/18-I

Nichtöffentlicher Teil

7.2	Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der MBS Potsdam für das 2. Halbjahr 2018	5-3509/18-I

Öffentlicher Teil

TOP 1
Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende begrüßt die Landrätin Frau Wehlan, die Mitglieder sowie die Gäste. Sie stellt die frist- und formgerechte Einladung zur Sitzung einstimmig fest.

Die Termine für den Unterausschuss- Jugendhilfeplanung (UA-JHP) am 12.06.2018 und des Jugendhilfeausschusses (JHA) am 20.06.2018 finden wie angekündigt statt.

Frau Hartfelder informiert, dass ab dem 25.05.2018 die neue EU-Datenschutzgrundverordnung gilt, die den Umgang mit Daten Dritter regelt. Deshalb ist der TOP 7.2 im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

TOP 2
Mitteilungen der Vorsitzenden

Frau Hartfelder fragt nach, wer von den Ausschussmitgliedern am 25.05.2018, um 16 Uhr an der Veranstaltung mit dem RBB Robur-Bus in Gebersdorf teilnimmt. Stellvertretend für Frau Hartfelder nehmen Frau Werner und Frau von Schrötter teil. **Frau Hartfelder** hat dazu im Vorfeld mit dem Chefredakteur persönlich gesprochen und ihm eine ausführliche E-Mail geschickt.

Frau Wehlan teilt den Anwesenden mit, dass sie Herrn Stohn zum aktuellen Sachstand Auskunft gegeben hat und diese in schriftlicher Form an alle Abgeordneten weitergeleitet wurde. Frau Wehlan verteilt das Statement von Frau Gurske in der Sitzung.

Frau von Schrötter ärgert das Thema, da sich der JHA zwei Jahre lang mit dieser Problematik beschäftigt hat. An diesem Termin sollten wir nicht als Person auftreten sondern als JHA-Mitglied.

Frau Hartfelder verliest ihre E-Mail an den Chefredakteur. „Meine Meinung ist den Akteuren seit zwei Jahren, solange befassen wir uns mit dem Thema, bekannt. 2012 wurde das Bundesgesetz die Tagespflege betreffend geändert. Wir halten uns hier an das Bundes- bzw.- Landesgesetz. Ausnahmen zum Bedarf haben wir in der Richtlinie zur Tagespflege festgelegt, die für Gebersdorf auf Dauer aber nicht greifen. Seit sechs Jahren haben die Tagespflegepersonen die Möglichkeit gehabt, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen. Der Landkreis hat vor dem Hintergrund fehlender Kapazitäten im Raum Dahme/Mark in den letzten zwei Jahren wegen des Umbaus mehrerer Kitas der Tagespflegestelle „Storchennest“ immer wieder Ausnahmegenehmigungen erteilt. Wenn die Kitas in Dahme/Mark fertig umgebaut sind, reichen die Kapazitäten in den Kindertagesstätten vor Ort aus. Die Tagespflegepersonen wissen seit langem, dass dann ihre Genehmigungen auslaufen. Es ist also den Tagespflegepersonen in einem Zeitraum von 6 Jahren nicht möglich gewesen, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen und wie viele andere in der Tagespflege, sich auf die 0 bis 3 Jährigen zu konzentrieren. Dies ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die immer wieder nachgefragte Mehrheitsmeinung der Mitglieder des Ausschusses. Die Tagespflege ist den Mitgliedern meines Ausschusses sehr wichtig. Wir unterstützen sie als wertvolle Ergänzung der Kindertagesbetreuung. Auch deshalb haben wir die Bedingungen der Tagespflege im Landkreis in den letzten Jahren wesentlich verbessert. Wenn im Juni 2018 der Nachtragshaushalt im Landkreis beschlossen wird, stellen wir für die 85 Tagespflegepersonen 1,2 Mio. € mehr in den Haushalt ein und verbessern die soziale Absicherung der einzelnen Tagespflegepersonen wesentlich und erfüllen damit auch ihre berechtigten Bitten.“

Frau Grassmann macht deutlich, dass die Ausschussmitglieder durch die Teilnahme an diesem Termin wieder zusätzliche Zeit aufwenden.

Herr Czesky vertritt die Meinung, dass der Landkreis (LK) alles versuchen sollte, die Forderung der Tagespflegepersonen (TPP) zu ermöglichen. Er findet es schade, dass es keine Lösung gibt. Er ist immer noch bei den Eltern im Ort, weil auch er der Meinung ist, dass wir die kleinen Strukturen erhalten müssen. Wenn es jetzt so kommt, dann wird irgendwann dort nur noch eine Tagespflegeperson sein. Dieser kleine Kindergarten mit zwei TPP wird es dann wahrscheinlich nicht mehr geben und hinterher ist es dann wieder zu spät.

Frau von Schrötter erwidert, dass es hier nicht darum geht, die Struktur in einem Dorf zu erhalten, sondern darum, den Kindern eine bestmögliche Entwicklung zu gewähren. Hier geht es nur um die TPP und nicht um die Kinder. Es geht um eine altersgerechte Entwicklung der Kinder und nicht um die Belange der TPP oder weil man ein Dorf retten möchte. **Frau von Schrötter** ist für eine Änderung nicht bereit, solange wir nicht dazu gesetzlich verpflichtet werden.

Frau Hartfelder stellt fest, dass es heute nicht entschieden werden kann, ob es die Kindertagespflegestelle in Gebersdorf noch gibt oder nicht. Sie glaubt, dass die Tagespflegestelle erhalten bleibt.

Herr Czesky, würde dagegen stimmen, wenn es zwei TPP ohne Qualifizierung wären. Aber es ist eine Kindergärtnerin und sie kann gewährleisten, dass ein Kind von 3 bis 6 Jahren die richtige Vorschulbildung bekommt. Nur deswegen ist es für ihn eine Ausnahme.

Frau Hammer fragt Herr Czesky, woher er die Erkenntnis hat, dass in Gebersdorf eine besondere Struktur ist. Wir stehen alle hinter dieser Kindertagespflege und wir haben im LK mehrere Tagespflegestellen, die auch mit Fachkräften ausgestattet sind. Woher nehmen Sie denn die Weisheit, dass diese Struktur stirbt. Die Kitabedarfsplanung für die nächsten Jahre hat gezeigt, dass letztendlich auch genügend Kinder nachfolgen würden, um diese Struktur nicht sterben zu lassen. Wir haben ein Zeitfenster bis die erste Kollegin dort in Rente geht. Dann wird sich niemand mehr darum kümmern, wie es dann weitergeht. Hier liegt das Problem. Die Qualität in der Kindertagespflegestelle wurde von uns nie angezweifelt. Wir haben den TPP die Hand gereicht und es gab einige Vorschläge von, obwohl das gar nicht unsere Aufgabe gewesen wäre. Dazu braucht man entsprechende Partner, sprich die beiden TPP, die sich auch in dieselbe Richtung bewegen. Das hat mit Fachlichkeit zu tun. Die andere Tagespflegeperson hätte sich qualifizieren müssen. Wenn diese aber eigenständig bleiben wollen, dann müssen sie auch nach Recht und Gesetz handeln. Das müssen wir auch.

Frau Hartfelder schließt die Diskussion.

Frau Hartfelder gibt die Information zum Pressefrühstück des DRK Kreisverband Fläming-Spreewald e.V. am 25.05.2018 bekannt. Sie bittet um die Teilnahme der Mitglieder des JHA.

Herr Rex kritisiert die kurzfristige Bekanntgabe der Einladung. Einladungen sollten zeitgemäß ausgereicht werden. **Frau Hartfelder** stimmt der Kritik zu.

Des Weiteren fragt **Frau Hartfelder** nach, wer von den Ausschussmitgliedern am gemeinsamen Ausschuss am 04.06.2018 teilnimmt. Sie befindet sich zu dieser Zeit noch im Urlaub. Sie sagt, dass eine Teilnahme durch Mitglieder des JHA wichtig wäre. Folgende Mitglieder haben sich bereit erklärt, daran teilzunehmen: Frau Werner, evtl. Frau Hammer, Frau von Schrötter. Von der Verwaltung wird Frau Gussow anwesend sein.

Frau Hartfelder verweist darauf, dass die Anlagen für die Vorlagen Nr.: 5-3509/18-I als Tischvorlagen verteilt wurden.

TOP 3
Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 31.01.2018

Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

TOP 4
Einwohnerfragestunde

Frau Banet, Geschäftsführerin der SJD - Die FALKEN, fragt nach den sechs halben Stellen, die für die Jahre 2017 und 2018 für die Arbeit mit jungen Geflüchteten eingerichtet wurden. Der KLAB hat davon eine halbe Stellen bekommen und sie schätzt ein, dass der Bedarf weiterhin vorhanden ist. **Frau Banet** möchte wissen, wie es mit diesen Stellen ab 2019 weiter geht.

Frau Müller antwortet, dass sich das Fachamt in der Vorbereitung des Haushaltes 2019 befindet. Die beinhaltet auch den Jugendförderplan, in dem Bedarfe festgelegt werden. Schlussendlich kann erst mit der Beschlusslage zum Haushalt 2019 und zum Jugendförderplan definitiv eine Aussage getroffen werden, wie es weitergeht. Zum jetzigen Zeitpunkt sieht sie keine Veranlassung an der Bedarfssituation zu rütteln.

TOP 5
Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Rex möchte wissen, ob die Kommunen / die Bürgermeister/innen über die neue Zuweisung des Landes informiert sind und ob weitere Anträge vorliegen. Das Land wird für Migration 900.000 € freigeben.

TOP 6
Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen gibt es keine.

TOP 7
Beschlussvorlagen

TOP 7.1
1. Nachtragssatzung des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2018 (5-3511/18-I)

Frau Wehlan stellt die 1. Nachtragssatzung des LK TF für das Haushaltsjahr 2018 anhand einer Präsentation vor.
Die Präsentation wird im Bürgerinformationssystem eingestellt.

Frau Hartfelder bedankt sich für die Präsentation.

Frau von Schrötter bedankt sich, dass die Mittel für die Jugendhilfe in den Haushalt eingestellt worden sind und fragt nach, ob es ansonsten im Haushaltsbereich ein Produkt gab, welches von der 0,5 % Senkung ausgenommen war?

Frau Wache antwortet darauf, dass die 0,5 % Senkung komplett über das ganze Haus gelegt worden ist.

Herr Rex sagt, dass die Hilfen zur Erziehung im Bundesgesetzt verankert sind und fragt nach, ob es dafür eine Ausfinanzierung gibt. Er kann es nicht verstehen, wenn der Gesetzgeber die Leistungen vorgibt, dass er dann auch keine Ausfinanzierung vorhält und es einfach den Kommunen überlässt. **Herr Rex** stellt fest, dass wir an dieser Stelle aktiv werden müssten. Er führt weiter aus, dass 50 Personalstellen nicht besetzt sind. Wenn er dann noch die Bearbeitungszeiten in einigen Ämtern sieht, dann hat er Bedenken, dass unsere Wirtschaft letztendlich auch in Mitleidenschaft gezogen wird. **Frau Wehlan** verweist darauf, dass Herr Rex den aktuellen Pressebericht anspricht.

Frau Wehlan sagt, dass der Landkreis mit der Kita-Landeszuweisung eine Planungsgröße/ Steigerung von 13 % erwartet hat. Bekommen haben wir nur 6 %.

Herr Rex fragt nach, wie es sich denn mit den Kinderzahlen verhält. Er hat die Befürchtung, dass die Kinderzahlen um 20 % gestiegen sind und dass der LK dann mit 6 % zusätzlich auskommen soll? Auch hier sieht er das Land in der Pflicht und auch hier müssen wir im politischen Raum aktiv werden. Man kann nicht von der Förderung von Kindern sprechen und dann die Finanzierung nicht gewährleisten.

Frau Grassmann hat zu den Landeszuweisungen eine Nachfrage. Ihr ist bekannt, dass wir einen Pauschalbetrag für jedes Kind erhalten, welches im LK wohnt. Ist der Pauschalbetrag in den letzten Jahren gestiegen oder ist dieser gleich geblieben?

Frau Müller sagt, dass die Kinderzahlen unter 12 Jahre in den letzten Jahren im LK TF gestiegen sind: 2016 16.503 Kinder; 2017 16.951 Kinder und 2018 17.522 Kinder. Dem gegenüber hat sich der Sockelbetrag in den letzten Jahren pro Kind unter 12 Jahre unterschiedlich entwickelt: 2016 791,94 €; 2017 885,43 € und 2018 860,68 €.

Frau Engel führt aus, dass es seit 2015 auf der Basis des § 16 Abs.6 KitaG einen Sockelbetrag gibt. Diese Landeszuschüsse werden im Zwei-Jahres-Rhythmus der Kinderzahl und der Personalkostenentwicklung sowie dem Umfang des Tagesbetreuungsangebotes angepasst. Für 2017 / 2018 belief sich der Sockelbetrag auf 220.929.000 € für das gesamte Land Brandenburg. Dieser Sockelbetrag wird aufgeteilt. Für die Verteilung dieses Sockelbetrages werden die Zahlen der Kinder im Alter bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres gemäß der amtlichen Statistik zum Stichtag 31. Dezember des jeweils vorletzten Jahres, d. h. zum 31.12.2016 angesetzt. So werden die Gesamtkinderzahlen vom Land Brandenburg zum Stichtag geteilt und das ergibt eine Pauschale oder auch eine Kinderkostenpauschale genannt. Diese wird multipliziert mit den lebendenden Kindern zum Stichtag 31.12.2016 im LK. Wir müssen als LK jedoch die tatsächlich betreuten Kinder im jeweiligen Haushaltsjahr finanzieren und nicht die Kinder von 2016. So fiel der Sockelbetrag gegenüber 2017 pro Kind um rund 25 / 26 € weniger aus. Bei dem Sockelbetrag im nächsten Jahr kann es uns passieren, ähnlich wie 2016 zu 2017, wo wir 93 € pro Kind mehr erhielten, dass der Gesamtsockelbetrag des Landes wieder neu festgelegt wird und wir eine höhere Kinderkostenpauschale erhalten werden. Dies ist jedoch für die aktuelle Haushaltsplanung sehr ungewiss, da meist dieser Sockelbetrag erst Mitte des Jahres vom Land für das laufende und kommende Jahr festgelegt wird. Wie der große Topf des Landes aussieht, wie er geteilt wird, das sind alles Größen, die uns frühestens Mitte 2019 erreichen und zur Haushaltsplanung noch nicht vorliegen werden. Bei der Haushaltsplanung gehen wir demnach immer vom Ist-Stand des Bescheides aus. Für 2018 haben wir den Durchschnittswert der letzten Jahre genommen. Da gab es jedes Jahr ca. 10 bis 15 % mehr. Dies war aber auch dem geschuldet, das sich das Gesetz verändert hatte.

Frau Grassmann stellt fest, dass die Dolmetscherkosten mit 1 Mio. € um 150 % gestiegen sind. **Frau Engel** antwortet, dass sich die Dolmetscherkosten auf 10% belaufen.

Frau Hartfelder lässt die Vorlage abstimmen.
Abstimmungsergebnis:
Die Vorlage Nr. 5-3511/18-I wird einstimmig dem Kreistag empfohlen.

Die Gäste und die Verwaltungsmitarbeiter verlassen den Kreisausschusssaal. Von der Verwaltung nehmen Frau Müller und Frau Gussow an der nicht öffentlichen Sitzung teil.

Nichtöffentlicher Teil

Luckenwalde, d. 11.07.2018

……..	…….
Hartfelder	Gussow
Vorsitzende	Protokollantin